

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 26. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 31.10.2013</b></p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.35 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn  
Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünnemann  
Frau Zimmermann  
Frau Kleemann  
Herr Eickhoff  
Herr Bürger  
Herr Polzin  
Frau Rüpke  
Frau Urban  
Herr Viering  
Herr Lübbling  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Frau Odenkirchen  
Frau Köhnlein  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

**III Gäste**

Herr Oertel  
Herr Becker

Naturschutzbeirat  
Umweltschutzamt Bremerhaven

**IV Gastdeputierte**

Herr Werner  
Herr Saxe  
Herr Liess  
Herr Sulimma

Bündnis 90 / Die Grünen  
Bündnis 90 / Die Grünen  
SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 26. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Vor Einstieg in die Tagesordnung gibt Herr Senator Lohse eine persönliche Einschätzung zum Verfahren um das Tanklager Farge ab.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnug</b>	
-------	------------------------------------	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung des Protokolls 18/25 vom 19.09.2013</b>	
-------	--	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	<b>Prüfung der Arbeitsprozesse und Aufgaben in der senatorischen Dienststelle des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Bewältigung der Folgen des sanierungsbedingten Personalabbaus</b> -1-	Vorlage 18/295 L/S
-------	---	-----------------------

**Herr Hipp** stellt fest, dass die geschilderten Probleme nicht bauspezifisch seien, sondern ressortübergreifend gelöst werden müssten. Er möchte wissen, ob bereits geprüft wurde, ob es eine ressortübergreifende Lösung gibt.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass sich ressortübergreifend eine Staatsräte lenkungsgruppe mit dem Prozess Aufgabenwahrnehmung befasse. Dort liege der Schwerpunkt jedoch auf haushaltswirksamen Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen. Im Ressort sei man sich mit dem PR einig, dass Belastungen im Ressort abgebaut werden müssen. Durch die Sparvorgaben der letzten Jahre und die Einhaltung der PEP Quote komme man in verschiedenen Bereichen dieses Ressorts zunehmend an Grenzen, was die Bewältigung der Arbeitslast in der gebotenen Zeit angehe. Die Aufgaben nehmen zu und gerade die MitarbeiterInnen dieses Ressorts seien in vielen Abendterminen, beispielsweise in den Beiräten zusätzlich beansprucht. Daher sei der Prozess auch spezifisch angelegt.

Auf Nachfrage von **Herrn Hipp** erklärt er, dass auch intern seit längerem solche Prozesse laufen

Es zeige sich dabei immer wieder, dass neben der Sachebene die persönliche, zwischenmenschliche Beziehungsebene eine große Rolle spiele. Daher solle eine Begleitung des Prozesses durch eine außenstehende Person erfolgen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt vom Inhalt der Vorlage Kenntnis.*

TOP 5	<b>Mehrbedarfe bei der Zuweisung an den Umweltbetrieb Bremen, Nachbewilligung von Haushaltsmitteln</b> -1-	Vorlage 18/296	L/S
-------	---	-------------------	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Nachbewilligung bei der Haushaltsstelle für Rahmenanlagen auf Friedhöfen an den Umweltbetrieb Bremen und der vorgeschlagenen Einsparung bei den Wohngeldausgaben zu.*

*einstimmig*

TOP 6	<b>Studie zur kapazitiven Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen: Teil 1: „Analyse der Verkehre und Produktionsstrukturen“</b> -5-	Vorlage 18/304	
-------	--	-------------------	--

**Herr Pohlmann** stellt fest, dass nach der Studie unter den zwölf größten Städten in Deutschland Bremen die stärkste Belastung durch Bahnlärm habe. Verkehrspolitisch werde mit dieser Studie die Notwendigkeit der Umfahrung des Knoten Bremen mehr als belegt.

**Herr Saxe** weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren bereits Zuwächse bis 40 % zu erwarten seien. Dies sei schwer zu ertragen für die Menschen, für die es jetzt schon zu laut sei. Selbst wenn eine Umgehung über die Amerikalinie und die EVB realisiert werde, werde es mehr Verkehr durch Bremen geben. Die Politik sei hier gefordert, bestimmte laute Fahrzeuge nicht mehr zu erlauben oder durch lärmabhängige Trassenpreise so unattraktiv zu machen, dass diese nicht mehr wirtschaftlich sind.

**Frau Dr. Schaefer** erinnert daran, dass eine Erhöhung des Güterverkehrs die Konkurrenz zum Schienenpersonennahverkehr verschärfe. Hier müssten Lösungswege gesucht werden, beispielsweise käme in Burg ein drittes Gleis oder unterschiedliche Höhenüberwegungen in Frage.

**Frau Neumeyer** betont, dass die Taktzeiten nach Bremen Nord erhöht werden sollen. Dies müsse berücksichtigt werden. Es müsse auf den Personenverkehr Rücksicht genommen werden.

**Herr Hamann** problematisiert die unterschiedliche Finanzierung der verschiedenen Verkehrsträger. Binnenschiffe bezahlen nichts, LKW mit der Maut einen Teil und die Bahn bzw. diejenigen, die Bahnleistungen nachfragen, über die Trassenpreise alles. Man müsse auch in die Diskussion um die PKW- Maut einsteigen.

Neben dem Lärm seien Unfälle ein weiteres wichtiges Thema. Die Bahn dürfe nicht auf Kosten der Sicherheit sparen. Wenn sich die Zahlen der Güterzüge tatsächlich erhöhen, müssen Gefahrenpläne angepasst werden.

**Herr Jägers** fragt, ob die letzte Verkehrsministerkonferenz (VMK) etwas zum Einsatz der LL-Sohlen anstelle der Guss-Sohlen gesagt habe. Das Problem dabei sei, dass es neben etwa 60.000 bundeseigenen Güterwagen rund 100.000 nichtbundeseigene gebe. Man müsse darüber reden, wie die Schweiz dies löse.

Auch eine Bus- Maut müsse diskutiert werden. Durch die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes werde der Busverkehr stetig zunehmen. Ein Bus habe aber ein ähnliches Gewicht, wie ein LKW.

**Herr Polzin** weist auf weitere Termine zur Vorstellung des Gutachtens hin. Er schlägt vor, die Präsentationsfolien der Gutachter dem Protokoll anzuhängen.

Auf der nächsten VMK werde das Thema Personalengpässe bei der DB von Herrn Grube mit den Verkehrsministern erörtert.

Auf Nachfrage von Frau Neumeyer erklärt er, dass die vorhandenen Terminals in Bremerhaven mehr leisten könnten, als sie es heute tun. Daher gehe das Gutachten von höheren Zahlen aus. Der Bremerhavener Hafen habe deutlich höhere Steigerungsraten als Hamburg. Hamburg habe eine sehr gute Seehafenhinterlandanbindung. Daher solle gemeinsam mit Niedersachsen der Ausbau der niedersächsischen Häfen erreicht werden, um Bremen zu entlasten.

**Beschluss:**

- 1.) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Studie „Kapazitive Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen - Teil 1: Analyse und Prognose der Verkehre und Produktionsstrukturen“ zur Kenntnis.*
- 2.) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Ergebnisse der Studie gegenüber den relevanten Bundes- und Landesbehörden sowie der DB zu vertreten.*
- 3.) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der Deutschen Bahn AG die Arbeiten an der Kapazitätsstudie, Arbeitspakete 2 und 3, fortzusetzen.*

*einstimmig*

<b>TOP 7</b>	<b>Auflage eines Programms zur Belegungsbindung</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.2.2013 - 73-	Vorlage 18/301
--------------	---	-------------------

**Der TOP wird ausgesetzt**

<b>TOP 8</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 8a)</b>	<b>Vorlage „Bericht über den Kommissionsvorschlag zur Einbeziehung von Schiffsemissionen in die EU-Strategien zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen“</b> -1-10-	BdV schriftlich

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 8b)</b>	<b>Bericht über die Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung und – umwandlung in Industrie und Gewerbe (REN-Richtlinie)</b> -21-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Frau Dr. Schierenbeck** erklärt, dass der Bericht zeige, dass sich die Bremischen Unternehmen an Klimaschutzmaßnahmen beteiligen und der Schwerpunkt im letzten Jahr bei der Kraft-Wärme-Kopplung lag. Dies sei ein wichtiger Beitrag für die Energiewende und die Unternehmen würden sich von den steigenden Energiepreisen unabhängiger machen. Das Förderprogramm sei aber nur ein kleiner Beitrag. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das EEG, die Netznutzungsentgelte usw. spielen eine Rolle. Diese Dinge müssten auf Bundesebene im Blick behalten werden. Diese kleinen Kraftwerke bieten eine besondere Flexibilität und können auch einen Beitrag zur Netzstabilität liefern.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 8c)</b>	<b>Dieselpartikelfilter bei Linienbussen in der Umweltzone</b> - 52, 22-	BdV mündlich
----------------	---	-----------------

**Herr Polzin** berichtet, dass es für die BSAG für 33 Busse eine Ausnahmegenehmigung zum Befahren der Umweltzone bis Ende 2013 gebe. Die BSAG habe sich aber selbst verpflichtet, höchstens 20 Busse ohne grüne Plakette zeitgleich durch die Umweltzone fahren zu lassen. Dies hänge mit Lieferschwierigkeiten bei den neuen Bussen zusammen. Für andere Busse gebe es keine Ausnahmegenehmigung.

**Herr Staatsrat Golasowski** ergänzt, dass bei der Einführung der Umweltzone mit der BSAG, aber auch mit anderen Unternehmen in Bremen gesprochen worden sei und Vereinbarungen getroffen wurden, die Vorgaben schneller zu erfüllen, als eigentlich vorgesehen. Dafür erhielten diese die Möglichkeit, noch Restbestände im Wagenpark einzusetzen. Dies sei eine alte Vereinbarung, die auslaufe, wenn die letzten Busse ersetzt werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 8d)</b>	<b>Sachstand zur Zusammenführung der VBN-Preisstufen I und II in Bremen</b> - 52-	BdV schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

**Frau Neumeyer** begrüßt die Zusammenführung und die Solidaritätsbekundungen. Es bleibe abzuwarten, welche Variante umgesetzt werde und was diese dann kosten werde.

**Frau Dr. Schaefer** freut sich, dass die Einführung zum 1.1.2015 erfolgen soll. Mit dieser Tarifstrukturreform ziehe nicht nur Gerechtigkeit ein, sie Sorge dafür, dass Bremen-Stadt und Bremen-Nord weiter zusammenwachsen.

**Herr Liess** macht deutlich, dass die Bevölkerung der Tarifzone I, der Zone 100, die Solidarität nun zurückgebe, die seit dem Bestehen des VBN von den Anwohnern in Bremen Nord zur Entlastung für den stadtbremischen Bereich geleistet worden sei. Dies sei ein Schritt dahingehend, dass man sich insgesamt in Bremen als Bremer verstehe und ein Beitrag, um die politische Kultur in der Stadtgemeinde zu verbessern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Zusammenführung der VBN-Preisstufen I und II in Bremen zur Kenntnis.

<b>TOP 8e)</b>	<b>Bremer essen regional</b> -71- / -30-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

*-zurückgezogen-*

<b>TOP 9</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 9a</b>	Frau Dr. Schierenbeck bittet um einen schriftlichen <b>Sachstandsbericht zum „Konzept Stromsperren verhindern“</b> Gleiches soll in der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erfolgen.	
<b>TOP 9b</b>	Herr Imhoff möchte einen schriftlichen <b>Sachstand zur Roten Liste der bedrohten Tierarten für die Sitzung am 19.12.2013.</b> <b>Die ausformulierten Fragen dazu liegen bereits vor.</b>	
<b>TOP 9c</b>	Herr Hipp bittet um einen Sachstand zum <b>Autobahnzubringer Theodor- Barth-Straße</b> zur Dezembersitzung	
<b>TOP 9d</b>	Herr Imhoff bittet um einen mündlichen Sachstand zu den <b>Planungen der B212n.</b>	

**Herr Polzin** berichtet, dass es eine Linienbestimmung des Bundes zur B212n gebe, die die Anforderung an Niedersachsen enthalte, eine Umgehung als B213 zwischen Delmenhorst und Ganderkesee zum Bundesverkehrswegeplan anzumelden. Andernfalls würde es auf der Landesstraße, die von Delmenhorst Stadtzentrum nach Norden führt, zu einer erheblichen

Überschreitung der zulässigen Lärmgrenzwerte kommen, weil dort als Zufahrt zur B212n erheblich mehr Verkehr zu erwarten wäre. Diese Planungen haben zwischen Delmenhorst und Ganderkesee und auch der Landesregierung Niedersachsen zu politischen Unstimmigkeiten geführt. Niedersachsen überlege nun, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Es stehen dazu noch weitere Termine in den nächsten Wochen an, um eine tragfähige Lösung hinzubekommen, durch die Bremen nicht zusätzlich belastet werde.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 26. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll